Redaktion, Verlag und Druck,
on R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 586. Abendblatt. Sonnabend, den 14 Dezember 1867.

Deutschland.

Berlin, 13. Dezember. Se. Maj. der König wohnte am Donnerstag Abend mit Ihren Königl. Hoh. dem Prinzen und der Frau Prinzessin Karl der Aufführung der Oper „La Traviata" im Victoriatheater bei. — In Folge des ungünstigen Wetters, das gestern Morgen herrschte, ließ Se. Majestät seine Theilnahme an der Jagd absagen, empfing den Kommandeur des 8. pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 61, Oberst v. Michaelis, aus Thorn und den Kommandeur des 1. Leibhusaren-Regiments Nr. 1, Major von Hanstein, aus Danzig, arbeitete hierauf mit dem Chef des Militär-Kabinets, v. Treskow, und nahm sodann den Vortrag des Hausministers v. Schleinitz entgegen. — Dem Diner ging noch eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck voran, und Abends erschien Se. Majestät mit den übrigen hohen Herrschaften in der Oper.

— Den Botschaftern von England und Frankreich, so wie den Gesandten Oesterreichs und Rußlands stattete der Herr Minister-Präsident gestern Besuche ab.

— Nach Mittheilung aus Süddeutschland sind die Freunde und Agenten Frankreichs dort von Neuem sehr thätig. Sie legen jetzt den Ton darauf, daß Frankreich der eigentliche Vertreter und Beschützer der katholischen Christenheit sei.

— Die Glattdeck-Ko vette „Augusta", Kapitän Kinderling, gegenwärtig in Bremerhaven liegend, ist nach der „Sp. Z." unter Ordre einer Reise nach dem mexikanischen Golf und in Ausrüstung hierzu begriffen. Sie wird zum ersten Male die norddeutsche Flagge dort zeigen und der Reihe nach die Häfen der verschiedenen Republiken besuchen und insbesondere den Hafen von Limon im Staate Costa Rica inspiziren, welcher kürzlich auf Anlaß der angefangenen Arbeiten] für die von demselben aus nach dem Hafen Caldera auf der Westseite projektirte interoceanische Eisenbahn, zu einem Freihafen erklärt worden ist.

— Einer Nachricht der „Zeidl. Corr." zufolge wird der frühere Justizminister Graf Lippe den Winter hindurch hier in Berlin verweilen und, so weit es seine Gesundheit erlaubt, in seiner Eigenschaft als Kronsyndikus an den Berathungen des Herrenhauses Theil nehmen.

— Die Telegraphen-Direktion macht bekannt, daß in Folge der Stürme der letzten Tage die Telegraphenlinien vielfach gestört sind, und daß die Beförderung der Korrespondenz daher nicht ohne beträchtliche Verzögerung möglich sei.

— Die statistischen Nachrichten, welche aus dem Kultus-Ministerium über den Stand des preußischen Elementarschulwesens in den Jahren 1862—64 hervorgegangen sind und aus denen die „Provinzial-Korrespondenz" und der „Staats-Anzeiger" schon mehrere Auszüge gebracht haben, geben auch eine Uebersicht über den Betrag der Besoldung der in den öffentlichen Elementarschulen Preußens beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen. Die Gesammtsumme dieser Besoldungen belief sich in den Städten auf 3,265,383 Thlr. und 11,324 fl.; auf dem Lande betrug dieselbe 4,776,854 Thlr. und 42,349 fl. Dies macht zusammen 8,042,237 Thlr. und 53,583 fl. Davon wurden ⅓ durch Schulgeld und ⅔ anderweitig aufgebracht. Zur Verbesserung der Lehrerbesoldungen sind in den bezeichneten 3 Jahren bereit gestellt worden: für die Lehrer und Lehrerinnen in den Städten 227,033 Thlr. und 747 fl., davon 5049 Thlr. und 450 fl. aus Staatsfonds; auf dem Lande 101,646 Thlr. und 2634 fl., davon 14,773 Thlr. und 3381 fl. aus Staatsfonds; zusammen also aus Staatsfonds 19,822 Thlr. und 890 fl.

— Der Nothstand in Ostpreußen wächst, vornehmlich auf dem Lande, in bedenklichem Maße. Die Bettelei nimmt überhand; die armen Leute bringen ihre hungernden Kinder den wohlhabenden Besitzern ins Haus, weil sie außer Stande sind, dieselben zu sättigen.

— Der mecklenburgische Landtag in Sternberg hat in seiner Sitzung vom 11. d. einen Beschluß gefaßt, der ihn in einen ernsten Konflikt mit dem norddeutschen Bunde bringen wird; die Stände haben den Juden nicht allein die Landstandschaft abgesprochen, sondern auch das Recht, an der Ortsobrigkeit und Polizei Theil zu nehmen. Juden können hiernach keinem städtischen Magistrat angehören.

— Die Justiz-Kommission des Herrenhauses hat ihren Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung des Ober-Appellationsgerichts mit dem Ober-Tribunal erstattet. — Bei der vorläufigen Abstimmung in den Berathungen wurde zwar einstimmig anerkannt, „daß die Vereinigung der beiden höchsten Gerichtshöfe aus inneren Gründen unabweislich und durch den Art. 92 geboten sei", indeß zugleich aus näher erörterten Motiven mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen: „daß die Zeit zur Vereinigung der beiden obersten Gerichtshöfe noch nicht gekommen sei." — Der Bericht erörtert eventuell den vorgelegten Gesetzentwurf und giebt den meisten Paragraphen eine veränderte Fassung.

— Am Montag, 16., Mittags 12 Uhr, findet eine Sitzung des Herrenhauses statt, in welcher auf der Tagesordnung stehen: der Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Todeserklärung von Personen, welche an den in den Jahren 1864 und 1866 geführten Kriegen Theil genommen haben und ein Bericht der Justizkommission über Petitionen.

— Zur Vorberathung des Budgets ist von dem Abgeordneten Virchow ein Antrag gestellt: Das Haus wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, den Vertrag mit dem Kurfürsten von Hessen dem Hause vorzulegen.

— Die Budget-Kommission berieth gestern über das Gesetz, betreffend die Gründung eines Provinzial-Fonds für die Provinz Hannover. Die Staatsregierung war vertreten durch die Geheimen Räthe Mac-Lean, Wollny, Küster und Landrath Persius. Referent Abgeordneter v. Bennigsen befürwortete die unveränderte Annahme des Gesetzes. Die Veranlassung zum Gesetze habe der Umstand gegeben, daß die Regierung einen in Kurhessen vorgefundenen Fond, der aus dem berüchtigten Menschenhandel entstanden sei, an Hessen zu Provinzialzwecken überlassen habe, da sie diesen Fonds nicht gern in die Staatskasse fließen lassen wollte. In Folge dessen sei nun auch in Hannover der Wunsch rege geworden, einen Provinzial-Fonds zu erhalten und der Provinzial-Landtag habe diesem Wunsche einmüthig Ausdruck gegeben, und die Regierung die Erfüllung des Wunsches zugesagt. Hannover sei zu einer solchen Forderung auch berechtigt, Preußen habe in dieser Provinz, die fast gar keine Schulden, sondern sehr werthvolle Eisenbahnen 2c. mitbringe, eine sehr werthvolle Erwerbung gemacht; verschiedene Fonds der einzelnen Landschaften, die zu den in der Vorlage bestimmten Zwecken dagewesen, wären außerdem in die Staatskassen geflossen. Außerdem aber sprächen auch politische Gründe für dies Gesetz. Die Annahme desselben würde wesentlich zur Beruhigung der Gemüther in Hannover beitragen, die Ablehnung aber lebhafte Verstimmung in der Provinz hervorrufen. Korreferent v. Lattorf empfahl die Ablehnung des Gesetzes. Er kritisirte zunächst die Ausgabezwecke, die in der Vorlage angedeutet, und hob hervor, daß zu den meisten derselben die alten Provinzen schon an und für sich verpflichtet wären, ohne eine Entschädigung dafür zu erhalten; mit demselben Rechte, wie Hannover, könnte jede andere Provinz mit einer ähnlichen Forderung kommen; diese sämmtlich zu erfüllen, sei aber unmöglich. — Abgeordneter Twesten ist zwar kein prinzipieller Gegner des Gesetzes, wünscht dasselbe aber in mehreren Beziehungen, namentlich bei den Abgabezwecken, abgeändert zu haben, ehe es anzunehmen sei. — Abgeordneter Runge sprach für Ablehnung des Gesetzes und schloß sich den Ausführungen Lattorf's an. Durch die im Gesetze vorgezeichnete Methode werde der ganze Staat zerrissen in einzelne Provinzen. Der Referent wünsche eine Unterstützung Hannovers, während die Provinz so reich sei; eine reiche Provinz bedürfe aber doch der Unterstützung nicht; man möchte solche lieber den armen Provinzen zuwenden. Es sei außerdem ein falsches Prinzip, die Zuneigung der hannöverschen Bevölkerung durch Millionen erkaufen zu wollen. Dazu gebe es andere Mittel; auch Abgeordneter v. Bockum-Dolffs spricht gegen das Gesetz. Die Regierungs-Kommissarien befürworteten dasselbe durch den Nachweis, daß die Provinz Hannover nicht verpflichtet sei, für sich die Ausgaben zu den im Gesetze angegebenen Zwecken zu leisten, wenn ihr nicht der Fonds zur Disposition gestellt würde; der Staat müsse dann doch mit seinen Mitteln eintreten, und eine Ersparniß werde keineswegs durch Verwerfung des Gesetzes gemacht; man möge deshalb dem allgemeinen Wunsche der Bevölkerung nachgeben. — Die General-Diskussion wurde schließlich vertagt; eine Abstimmung noch nicht vorgenommen; wahrscheinlich dürfte aber in der Kommission eine Verwerfung des Gesetzes eintreten.

— Der von dem Abg. Richter (Sangerhausen) gestern gestellte Antrag lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Königliche Staatsregierung aufzufordern: Die Aufhebung des Verbots an die evangelischen Geistlichen, gerichtlich geschiedene Ehegatten zu trauen, — Kabinetsordre vom 8. Juni 1857 — baldigst herbeizuführen. — Motive: Die große Zahl derjenigen, welchen die Schließung einer Ehe versagt worden ist und noch versagt wird. Nach amtlichen Mittheilungen beläuft sich diese Zahl 1858 auf 826, 1859 auf 526, 1860 auf 373, 1861 auf 387, 1862 auf 368, 1833 auf 346, 1864 auf 311, 1865 auf 363. Die Zahl derjenigen, welche zur Schließung einer Ehe aus der evangelischen Kirche ausgetreten sind, ist nicht ermittelt worden, läßt sich aber aus der amtlich mitgetheilten Thatsache erschließen, daß in dem Jahre 1866 allein in der Provinz Brandenburg 143 Personen aus der evangelischen Kirche ausgetreten sind, um eine Civilehe zu schließen.

— Die Kommission zur Vorberathung des Eisenbahn-Anleihe-Gesetzes und des Gesetzes zur Abhülfe der Noth in den östlichen Provinzen, ist heute Mittag gewählt worden und besteht aus folgenden Abgeordneten: Rotse (Vorsitzender), v. Unruh (Stellvertreter), Windthorst (Lüdinghausen — Schriftführer), v. Below (Stellvertreter), Sachse, Dovillet, v. Hennig, Janssen, Braun (Hersfeld), v. Salzwedell (Gerdauen), Häbler, Kühlwetter, Muntau, Dr. Schultz (Memel), Groschke, Jacoby (Liegnitz), Runge, Frhr. v. Vincke-Olbendorff, Böhmer, v. Czarlinski, Nebbel, von Saucken-Julienfelde, Wehr, Miquel, Dr. Achenbach, Adickes, von Oden und Graf Westarp.

— In die norddeutsche Civilprozeßordnungs-Kommission wird nach Beschluß des Bundesraths an Stelle des ausscheidenden Justizministers Dr. Leonhardt als neuntes Mitglied der Ministerialrath v. Amsberg in Schwerin eintreten. Herr v. Amsberg hat schon früher an den Verhandlungen in Hannover, die denselben Gegenstand betrafen, im Auftrage der mecklenburg-schwerinschen Regierung Theil genommen.

— (B. B.-Z.) Wir erwähnten bereits, daß in der Kommission des Abgeordnetenhauses für Gemeinde-Angelegenheiten bei der Berathung verschiedener Petitionen, welche die Heranziehung der Kommanditen der preußischen Bank zu den Kommunalsteuern verlangen, die Berechtigung einer solchen Heranziehung anerkannt worden sei. Heute erfahren wir nun weiter, daß auch der Kommissar des Ministeriums des Innern die gegentheilige Ansicht schließlich aufgegeben habe, während der Bank-Präsident v. Dechend dieselbe aufrecht hielt. Der Bericht der Kommission hat deshalb noch nicht im Druck erscheinen können, weil letztgenannter Herr die erbetene eigene Aufzeichnung seiner in der Kommission abgegebenen Erklärungen bisher nicht übersandte. Sein Antrag, die Angelegenheit auch der Kommission für Handel und Gewerbe zur Berathung zu überweisen, blieb ebenfalls in der Minorität.

— Wie bereits gemeldet, soll es in der Absicht liegen, die Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 23. Dezember d. J. bis zum 7. Januar k. J. zu vertagen. Der 23. ist ein Montag, und dürfte deshalb die größere Zahl der Abgeordneten schon am Sonnabend heimwärts ziehen. Die Abhaltung der Sitzung ist aber nothwendig, da an diesem Tage die Abstimmung über den Lasker-schen Antrag stattfinden soll, für welche die 21 Tage erst am 23. abgelaufen sind.

Hannover, 12. Dezember. Die „N. H. Ztg." berichtet: Nachdem die im Juni 1866 nach England weggeführten Papiere in den letzten Wochen zurückgegeben und die zur Feststellung der richtigen Ablieferung erforderlichen umfangreichen Arbeiten durch die angestrengteste Thätigkeit der damit beauftragten Beamten nunmehr beendigt sind, konnte gemäß den im Vertrage vom 29. September d. J. getroffenen Festsetzungen am vorgestrigen Tage die Aufhebung des auf das Privatvermögen Sr. Maj. des Königs Georg gelegten Beschlags ausgesprochen werden.

Hamburg, 13. Dezember. Die „Börsenhalle" erfährt von zuverlässiger Seite, daß die neuerdings verbreiteten beunruhigenden Nachrichten über die Zustände in Peru durchaus unbegründet sind, und daß weder in Lima noch in Callao Ruhestörungen oder Plünderungen vorgekommen sind.

Frankfurt a. M., 13. Dezember. Das hiesige Appellationsgericht hat heute den Redakteur Thaddäus Lau wegen Verleumdung der Redakteure der früheren „Frankf. Ztg." zu einer vierzehntägigen Gefängnißstrafe verurtheilt.

Leipzig, 12. Dezember. In vergangener Nacht hat hier ein überaus heftiger Sturm getobt und mannigfache Zerstörungen angerichtet. So hat derselbe auf dem Bahnhofe der thüringischen Bahn von dem Güterschuppen die ganze nördliche Seite des Daches abgedeckt und mit solcher Gewalt gegen eine in der Nähe stehende Reihe von Güterwagen angeschleudert, daß bei vier der letzteren die Seitenwände vollständig zertrümmert wurden.

— Das hiesige 52. preußische Regiment verläßt laut ausgegebener Ordre am 18. Dezember unsere Stadt und marschirt nach Frankfurt a. d. O.

Koburg, 10. Dezember. Auf der heutigen Tagesordnung des gegenwärtig hier versammelten gemeinschaftlichen Landtags der Herzogthümer Koburg und Gotha stand die Berichterstattung und Berathung über die Regierungsvorlage vom 20. November d. J., die totale Vereinigung der beiden Herzogthümer betreffend. Vor Beginn der Verhandlungen gab der Staatsminister v. Seebach die Erklärung ab, daß die Staatsregierung den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet halte, diese wichtige Angelegenheit einer definitiven Entscheidung zuzuführen. Es sei um so weniger bedenklich, einen Aufschub eintreten zu lassen, als sich durch die Kommissionsverhandlungen ein Ausweg gefunden habe, um die finanziellen Schwierigkeiten, um welcher willen die Staatsregierung die Vereinigungsfrage wieder aufgenommen habe, wenigstens für die nächste Zukunft zu beseitigen. Da die übrigen Vorlagen bereits erledigt waren, wurde hierauf der gemeinschaftliche Landtag auf unbestimmte Zeit vertagt.

München, 13. Dezember. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde beschlossen, daß die Zahl der in das aktive Heer einzureihenden Mannschaften auf je zwei Jahre durch ein Kontingentsgesetz bestimmt werden solle. — Die sieben ersten Artikel des Wehrgesetzes wurden in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung angenommen. Die Dienstzeit ist für das aktive Heer auf drei Jahre, für die Reserve gleichfalls auf drei Jahre und für die Landwehr auf fünf Jahre festgestellt.

Ausland.

Wien, 13. Dezember. Unterhaus. Tagesordnung: Berathung über das Staatsschuldengesetz. Zu letzterem wird folgende Resolution angenommen: Der Umstand, daß Ungarn erklärt hat, zu den Staatslasten und zur Verzinsung und Tilgung der allgemeinen Staatsschuld nur einen fixirten und unveränderlichen Jahresbeitrag zu leisten, begründet für die cisleithanischen Länder keinerlei neue Rechtsverbindlichkeit, den ganzen Rest der hierdurch ungedeckt gebliebenen Staatserfordernisse zu übernehmen und zu decken. Der Reichsrath behält sich daher vor, über die Tilgung und Verzinsung der Staatsschuld nachträglich noch Beschlüsse zu fassen. — Der Finanzminister erklärte, daß er in der Lage sei, in das nächste Jahr 30 Millionen Ersparnisse aus der Finanzverwaltung der beiden letzten Jahre herüberzunehmen; außerdem könne er noch auf andere Ressourcen rechnen, die ebenfalls unzweifelhaft auf Millionen zu beziffern seien; es seien somit vor der Hand keine Verlegenheiten zu befürchten. Der Minister führte ferner aus, daß es augenblicklich unmöglich sei, ein detaillirtes Projekt, betreffend die Unifikation der Staatsschuld, vorzulegen; übrigens lasse sich sehr wohl denken, daß eine solche Unificirung mit bedeutenden Vortheilen für den Staat und ohne irgendwelche Benachtheiligung der Staatsgläubiger herzustellen sei.

Wien, 13. Dezember. Die Nachricht der „Süddeutschen Presse", daß der Kaiser dem Papste einen eigenhändigen Brief geschrieben habe, ist unbegründet. — Nach der „Presse" hat Lord Stanley dem französischen Botschafter in London gegenüber die Unmöglichkeit betont, daß England an der Konferenz auf Grundlage der vom Staatsminister Rouher in der Sitzung des Korps législatif vom 5. d. M. abgegebenen Erklärungen Theil nehme, wofern nicht Italien diese Verhandlungsbasis ausdrücklich acceptire.

— In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde das revidirte Verfassungsgesetz, sowie das Staatsgrundgesetz einstimmig in der vom Abgeordnetenhause genehmigten Fassung definitiv angenommen. — Im Abgeordnetenhause wurde in dritter Lesung das Staatsschuldengesetz nach dem Antrage der Majorität genehmigt.

Pesth, 13. Dezember. (Unterhaus.) Bei der Fortsetzung

der Debatte über das Staatsschuldengesetz kritisirte der Ministerpräsident Graf Andrassy die Haltung der Linken in der vorliegenden Frage und warf derselben hauptsächlich vor, daß sie den Gesetzentwurf so behandle, als wäre derselbe nicht das Resultat eines gesetzlichen Uebereinkommens. Im Laufe seiner Rede hob der Ministerpräsident wiederholt hervor, daß Oesterreich nach innen und außen den Frieden erstrebe.

Paris, 11. Dezember. Die Einigkeit im Kabinet ist nach den heutigen Auslassungen des „Abendmoniteur" wieder vollkommen hergestellt, und auf diese Thatsache werden in einzelnen Kreisen neue Hoffnungen auf das Zustandekommen der Konferenz gebaut. Man will sogar behaupten, daß Marquis de Moustier eine neue Mittheilung an die auswärtigen Kabinette gerichtet hat, in welcher die gouvernementalen Erklärungen in der Konferenzfrage ausdrücklich als die Basis für eine vorgängige Verständigung bezeichnet sein sollen; indessen bin ich heute nicht in der Lage, über die Stichhaltigkeit dieser Angaben ein Urtheil zu fällen. — Heute ging das Gerücht, daß ein Theil der in Civita-Vecchia stationirten Truppen nach Rom zurückmarschirt sei, und man wollte in dieser Thatsache eine Erwiederung auf die mitunter recht heftigen Auslassungen der Opposition im italienischen Parlament erblicken, aber bisher ist eine Bestätigung jener militärischen Bewegung nicht eingetroffen, und es scheint hier überhaupt grundsätzlich die Heftigkeit der italienischen Parlamentsredner ignorirt werden zu wollen.

— Seit einigen Tagen verweilt hier die Wittwe des ehemaligen Kaisers Iturbide von Mexiko, deren Sohn bekanntlich vom Kaiser Maximilian adoptirt und gewissermaßen zu seinem Nachfolger ausersehen worden ist. Die materielle Lage der vom Schicksal wiederholt schwer heimgesuchten Frau soll eine sehr traurige sein.

Paris, 13. Dezember. „Etendard" tadelt, daß in dem italienischen Grünbuch vertrauliche Besprechungen, deren korrekte Wiedergabe jedenfalls zweifelhaft sei, veröffentlicht worden seien, zumal ein solches Verfahren durchaus dem diplomatischen Herkommen widerspreche.

Florenz, 8. Dezember. (Sp. Z.) Die Annäherung Italiens an Preußen führt dahin, daß dort die edelsten Geister Aufklärungen über Deutschland verbreiten, welche früher oder später einen nachhaltig günstigen Einfluß für Europa ausüben müssen. So ist vor Kurzem in Neapel eine Flugschrift erschienen, welche den Titel: „Italien und die französisch-preußische Frage wegen Luxemburgs" führt, und zunächst den Satz aufstellt, man müsse den Franzosen die volle Wahrheit sagen. „Deutschland erlangt durch die Klugheit und den praktischen Sinn eines berühmten preußischen Staatsmannes, durch den strategischen Werth der Heerführer, den taktischen Werth der Soldaten Preußens die Vollendung eines seiner unbestreitbaren Rechte, die Einheit. Es gewinnt endlich die Zusammenhängigkeit, die ihm durch ungerechte Eifersucht lange Jahre hindurch bestritten worden ist. Um dieser nothwendigen, vom Fortschritt gewollten, von den Freidenkern und den Freunden der Gerechtigkeit und Freiheit ersehnten Thatsache willen ist Frankreich seit einem Jahre krampfhaft bewegt." So leitet der Verfasser, der sich in der Schrift nicht genannt hat, das Büchlein ein. „Es giebt nur einen Weg, meint er, daß Frankreich seine ehrenvolle Stellung in Europa bewahre und dieses ist die Allianz mit Preußen, welches Deutschlands Wiedergeburt herbeiführt. Die lateinischen Racen sind in Verfall, sie sind angefressen von der Schwachheit, von der Erschlaffung, von der geistigen Ermattung, sie treten zurück vor der gewaltigen germanischen Race, deren Anlage eine friedliche und beständige Entwickelung der moralischen und materiellen Fähigkeiten zu unbestreitbarer Größe, Kraft und Altersdauer zuläßt." „Frankreich", sagt er, kann es nicht bestreiten, daß Preußen in den letzten Jahren dieses Jahrhunderts den Rang eines Souveräns der intelligenten Völker errungen hat. Es ist eine friedliche Souveränetät, wohlthätig und von Waffen unbesiegbar. Alle vereinigten Heere Europa's, der asiatischen und der amerikanischen Welt, können die intellektuelle Suprematie Deutschlands nicht zerstören, sie können als neue Barbaren die Bibliotheken einäschern, die Weisen, die Philosophen, die Naturforscher, die tiefen Politiker umbringen, allein niemals das Uebergewicht des deutschen Geistes vernichten." Den Hauptgrund des Zerfalls der lateinischen Race findet der neapolitanische Schriftsteller im katholischen Romanismus. Im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen, räth er den Italienern, sich neutral zu verhalten, Frankreich sei überhaupt von vornherein ein Feind der italienischen Einheit gewesen, weil Italien sowohl Kontinental- als Seemacht sei und die Schlüssel des Orients in seiner Hand halte. „Hätte Italien nach innen feste und freie Ordnungen, wenn auch nicht blühende, so doch keine Finanzen mit 500 und mehr Millionen Defizit, könnte Italien 400,000 Mann ohne Vergrößerung der Staatsschuld auf den Beinen haben, besäßen diese als Führer einen tapferen Strategen und nicht mittelmäßige Taktiker, wie sich unsere jetzigen Generale gezeigt haben, wäre unser Heer im Besitze des vollendeten Unterrichts und der vorzüglichen Feuerwaffen, welche Preußen hat, und was noch wichtiger, könnten unsere Soldaten nach längerer Uebung die Zündnadel-Gewehre gut handhaben und nicht auf dem Schlachtfelde mit einer unvollständigen Kunde der neuen Waffe auftreten, dann würden wir rathen, das mächtige Schwerrt zwischen die kriegführenden Parteien zu werfen und sich nicht mit dem Frankreich zu alliiren, dessen Händen die politische Obergewalt in Europa entfällt, sondern mit dem Preußen, das auf den Feldern der Wissenschaft wie des Krieges als weise und glückliche Kriegerin erscheint." Der Verfasser setzt ferner auseinander, daß seines Erachtens die napoleonische Politik eine sehr ungeschickte ist und daß die französische Diplomatie offenbar sehr wenig zu leisten vermöge, weil sie von der großen preußischen Entwickelung und Politik gar keine Ahnung gehabt zu haben scheine. Die Italiener, sagt er am Schlusse, kennen ihre Pflicht. Sie möchten neutral bleiben, als treue Alliirte Preußens. Sie sind allerdings gezwungen, sich zurückzuhalten und am französisch-deutschen Kampfe nicht Theil zu nehmen, der zum Wohle der Civilisation lieber nicht ausbrechen möge; allein alle Wünsche der Italiener sind für den Sieg jenes Deutschlands, welches einig und stark in Europa das wahre Element des Fortschrittes, der Größe und des Friedens ausmacht!" Unbedingt können solche Schriften nicht anders wirken, als daß sie Deutschlands Geltung im Auslande sichern und manchen Weg für dessen weitere Entwickelung bahnen.

Florenz, 12. Dezember. (Deputirtenkammer.) Im weiteren Verlauf der Debatte über die Interpellation betreffend die Römische Frage nahm der Abgeordnete Berti das Wort. Derselbe sprach die Befürchtung aus, daß man die gegenwärtigen Schwierigkeiten durch weitere Differenzen mit Frankreich nur erhöhen werde. Rattazzi sei allerdings der Unvorsichtigkeit anzuklagen, keineswegs aber könne ihm Illoyalität vorgeworfen werden. Man müsse jetzt Europa überzeugen, daß Italien sowohl den Willen wie die Kraft habe, die Institution des Papstthums zu schützen. Redner ertheilt der Regierung den Rath, jeder Nebenregierung vollständig ein Ende zu machen; es sei jetzt nicht die Zeit, sich vor Idolen zu beugen, wohl aber müsse man den Standpunkt wahrer, gesetzlicher Freiheit einnehmen und den Beweis liefern, daß ein Jeder die Wichtigkeit und die Macht des Katholicismus, sowie die demselben schuldige Achtung begreife. — Bertani sprach sich für die Berechtigung der letzten Insurrektion aus und beantragte, daß man für die Tagesordnung stimmen möge, durch welche Rom als die Hauptstadt Italiens bestätigt werde. Der Redner, welcher dem gegenwärtigen Ministerium jedes Vertrauen verweigern zu müssen glaubt, verlangt schließlich, daß sich Italien auf alle Fälle gerüstet halte.

Rom, 9. Dezember. Ein an die Thüren der päpstlichen Tribunale geheftetes Edikt giebt kund, daß der durch die Garibaldische Invasion dem Kirchenstaat zugefügte Verlust den Gütern aller derer, welche sich an ihr aktiv betheiligt haben, auf Hypothek geschrieben werden soll. Demnach wird man in allen Kommunen, die von der Invasion betroffen waren und wo man provisorische Regierungen eingesetzt hatte, zu dieser fiskalischen Maßregel schreiten. Zugleich geht in Rom das Gerücht, daß der Papst eine Amnestie erlassen will; von ihr sollen jedoch Beamte jeder Art ausgeschlossen sein. Die Emigration in den Provinzen Campania und Maritima soll bereits die hohe Zahl von 40,000 erreicht haben.

Kein Franzose ist mehr in Rom sichtbar. Die Expeditionsarmee, wie man sagt, noch 8000 Mann stark, hat die Provinz Civita-Vecchia okkupirt, das heißt außer der gleichnamigen Festung, auch die Ortschaften, wie Corneto. Unterdessen herrscht in Rom die größeste Thätigkeit in der Vervollständigung der päpstlichen Armee. Die Stadt ist von noch nicht eingekleideten Rekruten gefüllt, unter denen man alle möglichen Sprachen reden hört. Wie man die ganz unverhältnißmäßigen Ausgaben bestreitet, ist ein tiefes Räthsel. — Gestern ging in der Stadt die Rede, daß die mazzinistische Partei eine Demonstration beabsichtige; die Truppen waren konsignirt, die Polizeiagenten in großer Geschäftigkeit. Die Liberalen behaupteten, die fragliche Demonstration sei nur ein auf die französische Regierung berechnetes Kunststück. Doch nichts geschah.

London, 13. Dezember. „Reuter's Office" meldet aus Newyork vom 3. Dezember Nachstehendes: General Pope hat die Vertagung der Konvention von Alabama angeordnet, weil dieselbe die Tendenz habe, die Reorganisation der Südstaaten zu verzögern. — Es ist das Gerücht verbreitet, daß in Durango (Mexiko) eine Revolution ausgebrochen sei. Die mexikanischen Truppen, welche unter dem Befehle Vega's zur Unterdrückung der Unruhen ausgesandt wurden, sind geschlagen worden. — Hundert mexikanische Soldaten haben den Leichnam Maximilian's nach Vera-Cruz eskortirt. — Die Rebellion in Peru ist im Zunehmen begriffen. Prado ist vor Arequipa angekommen, führt aber keine Artillerie mit sich.

Aus Paris wird der Pall Mall Gazetta geschrieben: „Die Regierung erachtet die ihr aus Italien zukommenden Berichte für so drohend, daß sie gewaltige Vorkehrungen treffe und ihre Schiffe in Toulon und Marseille in Bereitschaft halte, um im Nothfalle fünf Divisionen nach Civita-Vecchia einzuschiffen. In der großen Gießerei von Bourges sei das Kanonengießen eingestellt worden, und man liefere dafür dort täglich 400 Chassepotgewehre." Auch der Korrespondent des Globe erwähnt die besorgte Stimmung der französischen Regierung, zumal die Anzeichen sich mehren, daß die italienische Regierung sich der Aktionspartei in die Arme werfen wolle.

— Die Drohungen der amerikanischen Fenier in Betreff der Hinrichtungen in Manchester haben sich bis jetzt als bloße Redensarten bewiesen. Eine große Versammlung in Newyork, berufen von Fernando Wood, war zwar sehr stark in Phrasen nicht nur gegen England, sondern auch gegen den Minister Seward, den Gesandten Adams und den Konsul West, doch fehlt es am nervus rerum. Geschrei ist in Amerika unter allen Umständen hergebracht und die Veranstalter der Versammlung sind Politiker, die irische Stimmen trefflich zu brauchen wissen.

Stockholm, 13. Dezember. Der Generalfeldzeugmeister Freiherr v. Wrede hat seinen Abschied genommen; zu seinem Nachfolger ist der Oberst Hägerflycht ernannt. — Das Stettiner Dampfschiff „Orpheus" ist gestern trotz des starken Eisgangs in den hiesigen Hafen glücklich eingelaufen. — In letzter Nacht waren hier 20 Grad Kälte.

Petersburg, 13. Dezember. Das heutige „Journal de St. Pétersbourg" bemerkt über die Note des „Abendmoniteur" betreffend die Konferenz: Möglicherweise wird Frankreich aus Rücksichten der Höflichkeit die Verhandlungen über die Konferenz fortsetzen; es ist jedoch mehr als zweifelhaft, daß nach den Erklärungen Rouher's die Kabinette noch irgend welchen Glauben an die Opportunität der Konferenz haben sollten.

Newyork, 27. November. Als Vorspiel des großen Drama's, dessen Aufführung während der nächsten Monate in Washington vor sich geht, hat die der regelmäßigen Eröffnung des Kongresses vorangegangene kurze Session insofern befriedigt, als der Versuch, den Präsidenten vom Amte zu suspendiren, fehlgeschlagen, demnach eine politische Krisis nicht länger zu befürchten ist. Daraus darf man schließen, daß Bundes-Exekutive und Volksvertreter gemeinschaftlich das Werk der Rekonstruktion vollenden und zwischen Norden und Süden die zur Wohlfahrt beider erforderliche Harmonie bald herstellen werden. Befreit von diesem Alp, hat sich die Stimmung in allen Kreisen während der letzten Tage bereits gehoben und das Augenmerk der Nation ist nunmehr hauptsächlich auf die Reform des Finanzwesens gerichtet.

Pommern.

Stettin, 14. Dezember. Von pommerschen Abgeordneten haben in der vorgestrigen Sitzung u. A. für die Erhöhung der Ministergehälter gestimmt: v. Arnim (Neustettin), v. Bonin (Schlawe), v. Denzin, v. Diest, Engelke, Ferno, Glaser, v. Gerlach, v. Köller, v. Loën, v. d. Osten, v. Schöning, v. Schwerin-Putzar, v. Seeckt, v. Sobeck, Wagener (Neustettin), Wagener (Franzburg und v. Westarp. Dagegen stimmten: Schmidt (Stettin), Schulze (Randow). Herr v. Selchow enthielt sich der Abstimmung.

— In den Tagen vom 19. bis 26. d. M. wird die Ausgabe der bei dem hiesigen Postamte an abholende Korrespondenten eingehenden Packete ohne angegebenen Werth, unter Beobachtung der zur Weihnachtszeit auch früher üblich gewesenen Scheidung derjenigen an Privatpersonen von denen an Behörden und Soldaten, in den Kellerräumen des Landhauses in den Stunden von 8 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 8 Uhr Nachmittags, stattfinden. Am Sonntag den 22. d. werden die Packet-Annahmestellen bei dem Postamte und bei der Bahnhofs-Expedition, sowie die Ausgabestellen im Landhause von 8 bis 12 und von 3 bis 8 Uhr ebenfalls geöffnet sein.

— Gestern Nachmittag brach in dem Torfkeller des Kühlschen Hauses, Grabow Oderstraße Nr. 2 Feuer aus, das glücklicher Weise bald bemerkt und noch im Entstehen gedämpft wurde.

— Einem armen Glaser in Neuendorf wurde vor etwa acht Tagen eine fast sein werthvollstes Besitzthum bildende Ziege gestohlen; die von den Dorfgerichtspersonen sofort vorgenommenen Recherchen nach dem Verbleib der Ziege waren indessen erfolglos, obgleich eine genaue Nachsuchung in der Wohnung des muthmaßlichen Diebes stattfand. Als der Gendarm B. Kenntniß von dem Diebstahl erhielt, ließ er es sich nicht verdrießen, nochmals eine Visitation vorzunehmen, bei der er selbst den Keller des Verdächtigen untersuchte. Dort fand er denn auch das eingepökelte Fleisch der Ziege in einem Behältniß sicher eingegraben vor und hat der Bestohlene wenigstens dies zurückerhalten, wenn er auch über den Verlust seiner lebenden Ziege fast untröstlich ist.

— Der als arbeitsscheuer Umhertreiber bekannte Arbeiter Mademann wurde gestern bei dem Versuche, eine wollene weißroth-grün gestreifte Pferdedecke zu verkaufen, angehalten. Er will die Decke am 11. d. Mts. Abends in der Breitenstraße gefunden haben, indessen ist es eher wahrscheinlich, daß er dieselbe dort von einem Fuhrwerk gestohlen. — Dem kl. Domstraße Nr. 13 wohnhaften Sekretär W. ist vorgestern Mittag aus verschlossenem Zimmer ein werthvoller schwarzer Ueberzieher mit Sammetkragen gestohlen.

— Von gestern bis heute wurden 6 Personen wegen Obdachlosigkeit, Umhertreibens ꝛc. verhaftet.

Wollin, 13. Dezember. Nach einer hier eingegangenen Anzeige sind nunmehr die Untersuchungs-Akten wider den früher hier wohnhaften, jetzt zu Posen in Haft befindlichen Buchbindermeister Wittmann geschlossen und von der dortigen Königlichen Staatsanwaltschaft die Anklage wegen sechsfachen Mordes erhoben worden. Die Aburtheilung des Prozesses wird im Januar erwartet. (Von den Wittmannschen Vergiftungsfällen ist in dieser Zeitung früher die Rede gewesen.) — Die Volkszählung hat hier, so viel bis jetzt bekannt geworden, die Seelenzahl 5113 ergeben. 1864 zählte man 5200 Seelen. Das sich daraus ergebende Minus von 87 wird wohl nicht mit Unrecht meistens auf die im Sommer 1866 hier stark grassirende Cholera zurückgeführt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 13. Dezember. Nachmittags. Angekommene Schiffe: Garrison (SD), Munro, von West-Hartlepool, ist um 12 Uhr nach Stettin heraufgegangen. Wind: NO. Strom eingehend. Revier $16^{8}/_{12}$ F.

— Der Dampfer „Der Blitz" ist um 5 Uhr heruntergekommen und berichtet, den Dampfer „Normann" bei Stepenitz im Eise festsitzend gesehen zu haben. Die Oder und das Papenwasser sind voll Eis, ebenso unter den Lebbiner Bergen. Der Dampfer „Garrison" liegt beim Kricks vor Anker. Wind: NW.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. Dezember. Witterung: schön. Temperatur — 4° R. Nachts — 7°. Wind: N.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, per 2125 Pfd. loco gelber geringer 88 bis 92 Rt., feiner 94—97 Rt. bez., bunter polnischer 92—94 Rt. bez., ungarischer 86—90 Rt. bez., Dezember 94 Rt. nominell, Frühjahr $97\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., $\frac{1}{2}$ Br.

Roggen etwas matter, pr. 2000 Pfd. loco geringer 70—72 Rt., feiner 73—74 Rt., Dezember $73\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez., Frühjahr $73\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl wenig verändert, loco $10\frac{1}{3}$ Rt. Br., Dezember und Dezember-Januar $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., $10\frac{1}{12}$ Rt. bez. u. Gd., April-Mai $10\frac{3}{4}$ Rt. Br., $10\frac{2}{3}$ Gd.

Rappkuchen hiesige frei Bahn 2 Rt. $6\frac{1}{2}$ Sgr. bez.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß $20\frac{1}{4}$ Rt. bez., Dezember und Dezember-Januar 20 Rt. bez., Frühjahr $20\frac{3}{4}$, $\frac{5}{6}$ Rt. bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 94, Roggen $73\frac{1}{2}$, Rüböl $10\frac{1}{12}$, Spiritus 20.

Landmarkt.

Weizen 90—96 Rt., Roggen 70—74 Rt., Gerste 48—52 Rt., Erbsen 66—69 Rt. per 25 Scheffel Hafer 32—36 Rt. pr. 26 Scheffel, Stroh 7—8 Rt., Heu pr. Ctr. $12\frac{1}{2}$—$17\frac{1}{2}$ Rt.

Breslau, 13. Dezember. Spiritus per 8000 Tralles $19\frac{3}{4}$. Weizen pr. Dezember 90. Roggen pr. Dezember $68\frac{3}{4}$, pr. Frühjahr $69\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Dezember $10\frac{1}{6}$, per Frühjahr $10\frac{1}{4}$. Raps pr. Dezember 92. Zink ruhig.

Hamburg, 13. Dezember. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco stille, jedoch nicht billiger, auf Termine sehr beschränktes Geschäft. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 168 Bankothaler Br., 167 Gd., pr. Dezember-Januar 168 Br., 167 Gd., pr. Frühjahr 169 Br. u. Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gd., pr. Dezember-Januar 136 Br., 135 Gd., pr. Frühjahr 132 Br. u. Gd. Hafer sehr ruhig. Rüböl fester, loco $22\frac{3}{8}$, per Mai $23\frac{1}{2}$. Spiritus zu $29\frac{3}{4}$ angeboten. Kaffee und Zink geschäftslos.. — Wetter kalt.

Amsterdam, 13. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen 2 Fl. niedriger, per März 307, pr. Mai 306. Raps per Oktober 71. Rüböl per Mai $37\frac{1}{2}$, per November-Dezember 1868 $38\frac{1}{4}$.

London, 13. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Gesammt-Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 44,870, Gerste 15,440, Hafer 44,150 Quarters.

Weizen englischer behauptete äußerste Montagspreise, fremder erzielte Mittwochspreise bei beschränktem Umsatze. Gerste stetig. Hafer schleppend, eher williger. Talg $42\frac{1}{2}$.